



## Medienkonferenz vom Montag, 6. Februar 2023, um 10:00 im Neuhof Jona

### Parteienvertreter (alphabetisch)

- Christian Meier, Präsident FDP
- Ivo Reichenbach, Präsident Mitte
- Klaus Baumann, Co-Präsident Grüne
- Ralph Dudler, Vorstandsmitglied SP
- Raphael Weber, Co-Präsident SVP
- Silas Trachsel, Vorstandsmitglied GLP
- Thierry Gasser, Vize-Präsident JF / FDP

### Urnenabstimmung am 12. März 2023 – um was geht es?

Heute, mehr als 15 Jahre nach der Fusion von Rapperswil und Jona, funktioniert der Meinungsbildungsprozess in unserer Stadt nicht mehr. Wichtige kommunale Projekte scheitern, der Stadtrat führt einen einsamen Kampf und die Ortsparteien spüren die Basis oft nicht mehr. Selbst unser Stadtpräsident stellt fest, dass (...) das politische System harzt und wir es wieder zum Laufen bringen müssen, wenn wir die Stadt weiterentwickeln wollen.

An der ausserordentlichen Bürgerversammlung vom 3. November 2022 wurde die Vorlage detailliert durch die Bürgerversammlung diskutiert und am Schluss an die Urne verwiesen. Die erste Hürde der Eintretensdebatte wurde damit geschafft und wir begrüßen es sehr, dass nun die breite Bevölkerung zur Vorlage Stellung nehmen kann. Es freut uns ebenfalls, dass die Vorlage nur in einem Punkt leicht abgeändert wurde. Dies zeigt die Vorlage ist ausgewogen und überzeugt.»

Es freut uns daher, dass wir Ihnen heute unsere Ja-Kampagne zur bevorstehenden Urnenabstimmung am 12. März vorstellen dürfen. Die anwesenden Parteien sind der festen Überzeugung, dass die Zeit reif ist für ein Stadtparlament in Rapperswil-Jona. Im Gegensatz zu unseren Gegnern, die am Status Quo mit Bürgerversammlung festhalten wollen, bieten wir der Bevölkerung von Rapperswil-Jona einen konkreten Lösungsvorschlag, ...

... um den Stillstand zu bekämpfen und das verlorengegangene Momentum aus der Fusion wieder zurückzugewinnen und unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen.

... um die Lehren aus den gescheiterten Projekten zu ziehen und frühzeitig eine breit abgestützte Meinungsbildung zu ermöglichen.

... um die chronisch schlecht besuchte Bürgerversammlung, anfällig auf selektive Mobilisierung und Betroffenheitspolitik, durch ein repräsentatives Parlament zu ersetzen, welches das Gesamtinteresse der Stadt im Fokus hat.

... um die unzweckmässigen Sonderlösungen mit dem Stadtforum und den Nebenämtern ohne Ressortverantwortung im Stadtrat aufzuräumen, und damit endlich eine klare Verantwortung im Stadtrat einzufordern.

Die Gegnerschaft kritisiert die Vorlage, ohne jedoch eine Alternative zu bieten. Sie setzt auf das Prinzip Hoffnung, dass sich alles in Wohlgefallen auflösen wird. Doch der nostalgische, verklärte Blick auf die Gemeindeversammlung bringt uns nicht weiter.

Die Gegnerschaft stellt auch viele Fragen, ohne jedoch Antworten zu liefern. Warum hat sie sich nicht bereits während der Erarbeitung der Vorlage eingebracht? Das Vorgehen ist wieder symptomatisch für den heutigen Status Quo – Schnellschüsse kurz vor Torschluss und selektive Mobilisierung, um Einzelinteressen durchzusetzen.

Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat das Pro-Komitee die Kampagne angepasst, um gezielt auf die offenen Fragen aus der Bevölkerung einzugehen und eine Antwort auf die Angriffe der Gegnerschaft zu geben:

### **Unsere Argumente für ein Stadtparlament RJ**

**#1: «Die Bürger:innen dieser Stadt werden bei allen wichtigen Projekten immer das letzte Wort haben!»**

**#2: «Ein Stadtparlament schaut der Regierung auf die Finger, fordert sie heraus und greift korrigierend ein.»**

**#3: «Lassen Sie sich nicht durch eine destruktive Nein-Kampagne beirren. Fakten statt Fake!»**

**#4: «Noch nie an einer Bürgerversammlung gewesen? Dann sagen Sie JA zum Stadt-Parlament.»**

**#5: «Jeder und jede kann sich ins Stadtparlament wählen lassen. Ein Parteibüchli braucht es dafür nicht.»**

**#6: «Nicht genügend fähige Kandidaten? Für wie dumm halten die Gegner die Bevölkerung?»**

**#7: «Die Jungen machen Politik auf ihre Weise. Ein Parlament bietet Ihnen mehr Chancen, sich einzubringen.»**

**#8: «In dieser Stadt gibt es keine machtgeile politische Elite. Aber viele, die ihre Freizeit für die Stadt opfern.»**

**#9: «Rapperswil-Jona droht der Stillstand. Wichtige Projekte scheitern oder sind in der Sackgasse.»**

Die Argumente finden sie in dieser Medienmappe. Gerne stellen wir Ihnen auch das detaillierte Argumentarium zur Verfügung - dieses kann unter [info@ja-zum-stadtparlament.ch](mailto:info@ja-zum-stadtparlament.ch) angefordert werden.

Des Weiteren möchten wir Sie noch auf unsere Webseite hinweisen: [www.ja-zum-stadtparlament.ch](http://www.ja-zum-stadtparlament.ch)

Das Komitee «JA zum Stadtparlament RJ» ermutigt alle Bürgerinnen und Bürger, sich keinen Sand in die Augen streuen zu lassen und mit einem sachbezogenen Ja am 12. März die Weichen für eine erfolgreiche städtische Reform zu stellen.

## **#1: «Die Bürger:innen dieser Stadt werden bei allen wichtigen Projekten immer das letzte Wort haben!»**

### **Keine Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger**

- Die Parlamentsgegner schüren in ihren Statements die Angst, dass die Bürgerschaft mit dem Parlament die Kontrolle verliert und «entmündigt» wird. Dem möchten wir klar widersprechen. Denn die Bürgerschaft bleibt selbstverständlich weiterhin das oberste Organ der Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen weiterhin über alle wichtigen Vorlagen, sei es an der Urne, bei Wahlen oder mit Initiative, Referendum und Volksmotion.
- Die meisten direktdemokratische Instrumente bleiben unverändert bestehen. So sind beispielsweise für eine Initiative weiterhin 600 Unterschriften notwendig, für ein Referendum weiterhin 500 Unterschriften.
- Auch die Volksmotion wird beibehalten, das Quorum wird aber demjenigen des Referendums angepasst.
- Abgeschafft werden lediglich der nie angewandte Volksvorschlag sowie die Bürgerversammlung – welche durch das Parlament ersetzt wird.

### **Mitwirkung wird weiterhin sichergestellt**

- Uns ist es ernst, dass auch in Zukunft nicht nur die Parteien, sondern auch die Quartiere und andere Interessensgruppen in die Meinungsbildung einbezogen werden. Der Stadtrat hat neben dem schon seit der Fusion bestehenden Stadtforum in letzter Zeit diverse Formate geschaffen, sei es durch E-Mitwirkungen, Informationsveranstaltungen oder Workshops.
- Der «zahnlose Tiger» Stadtforum als bisheriges Gefäss stellt für uns kein geeignetes Gefäss für die Mitwirkung dar, da keine verbindlichen Beschlüsse gefällt werden können. Das Stadtforum soll deshalb durch andere Mitwirkungsformate ersetzt werden. Das wichtigste Format dafür ist das Stadtparlament, wo die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger über verbindliche Vorstösse von Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgenommen werden können.
- Die Bürger haben weiterhin das letzte Wort, ob an der Urne, bei Wahlen oder mit Initiative, Referendum und Volksmotion.

## **#2: «Ein Stadtparlament schaut der Regierung auf die Finger, fordert sie heraus und greift korrigierend ein.»**

- Endlich eine klare Gewaltentrennung und der notwendige Machtausgleich zur Regierung
- Denn;
- Das Stadtforum wurde als alternative zu einem Parlament entworfen («3. Weg»). Es hat sich aber als zahnloser Tiger entpuppt, ohne demokratische Legitimierung & Kompetenz, und ohne verbindliche Einflussnahme auf den Stadtrat (SR).
- Fälle wie die Querelen um die KESB blieben an den Bürgerversammlungen ohne grosse Konsequenzen. Es war auch nicht möglich hier Gegensteuern zu geben. Der SR konnte in Eigenregie Schalten und Walten.
- Der «Personalbrand» bei der Feuerwehr RJ ist ein weiteres Beispiel, in der die Stadtregierung selbst einen Brand auslöste und ihn auch gleich auf seine Art zu löschen versuchte. Legislative trifft auf Exekutive! Von Gewaltentrennung keine Spur.
- Die Streitigkeiten um den BWZ-Standort sind noch nicht ausgestanden. Eine Bürgerversammlung kann wohl Fragen stellen, jedoch keine verbindlichen Beschlüsse fassen und auch nur zu traktandierten Geschäften.
- Vielfach ist dann schon viel Geschirr (und damit auch Geld) verschlagen worden.

- Ein Parlament, das jeden Monat eine Sitzung abhält, kann explizit und auch unbequeme Fragen an den SR stellen und falls nötig korrigierend eingreifen, und zwar verbindlich! Wenn es sein muss, den SR auch zurückpfeifen!
- Eine Avenida wurde mit gegen 2.5Mio Franken Planung, Studien und Fachplaner kreiert. Das Geld dafür in der Höhe von 250'000.- bis 400'000.- Franken wurde jeweils diskussionslos an der BV bewilligt. Am Schluss kam der Absturz an der Urne
- Beim Lido Projekt zog der Stadtrat dann die Reissleinen von sich aus, ohne einen Plan zu haben, wie es weiter geht. Das Fiasko mit den Fachplanern und den genauen Umständen für die Ausufernden Kosten wurde bis jetzt nicht offen aufgearbeitet.

### **#3: «Lassen Sie sich nicht durch eine destruktive Nein-Kampagne beirren. Fakten statt Fake!»**

- Wir treten ein, für eine faktenbasierte Diskussion und wehren uns gegen eine Kampagne, die Angst und Unsicherheit schürt. Anhand von zwei Beispielen möchte ich ihnen aufzeigen, dass die Argumente der Gegnerschaft kritisch zu hinterfragen sind.
- Die Gegner behaupten, dass der **Steuerfuss** einen direkten Zusammenhang mit der Einführung eines Parlaments hat. Doch dieses Argument hält einer genaueren Prüfung nicht stand; die teuersten St. Galler Gemeinden bezüglich Steuern sind Wartau, Degersheim und Pfäfers – und haben alle eine Bürgerversammlung. Auch ein Vergleich der umliegenden Gemeinden der Parlamentsstädte Will und Gossau bestätigen diese Behauptung nicht. Der Steuerfuss wird durch andere Faktoren bestimmt wie z.B. gute Steuerzahler v.a. juristische Personen, Nähe zu Zürich, Wettbewerb mit den Nachbarkantonen, etc.
- Und noch ein Wort zu Biel, als Negativbeispiel für die Schulden-Wirtschaft von Städten mit Parlament – z.B. mit Leukerbad findet man auch prominente Gegenbeispiele mit einer BV.
- Das nächste Beispiel sind die **Gemeinden, welche wieder zu einer Bürgerversammlung zurückgekehrt** sind. Es gibt wissenschaftliche Studien, die aufzeigen, dass ab einer gewissen Grösse einer Gemeinde ein Parlament die zweckmässige Organisationsform ist.
- Insbesondere wenn (...) die Gemeinden heterogener, bestehend aus Bevölkerungsgruppen mit teilweise sehr unterschiedlichen politischen Interessen und die Bereitschaft der Stimmbürgerschaft, sich an der Gemeindeversammlung zu beteiligen, gering ist (Zitat Andreas Ladner, 2019).
- Diese Grenze liegt bei etwa 10'000 Einwohnern. So hat Rorschach das Parlament 2004 abgeschafft, da es diese Grenze unterschritt. Bei Glarus Nord war der Auslöser ein strukturelles Problem, da es sowohl ein Parlament wie auch eine BV gab, was zu Kompetenzstreitigkeiten führte. Die anderen erwähnten Gemeinden liegen in der Nähe der erwähnten Grenze von 10'000 Einwohnern und zum Teil liegen die Entscheide schon Jahrzehnte zurück. Da Rapperswil-Jona 28'000 Einwohner aufweist, wäre ein Vergleich mit Wetzikon (2012, 25'000 Einwohner) sicher zielführender.
- Daher jetzt erst recht ein klares JA für eine zeitgemässe Gemeindeordnung!

### **#4: «Noch nie an einer Bürgerversammlung gewesen? Dann sagen Sie JA zum Stadt-Parlament.»**

- Von den rund 18'900 Stimmberechtigten unserer Stadt nehmen heute im Durchschnitt weniger als 400 an den Bürgerversammlungen teil, also etwa 2%, Tendenz sinkend. Es gibt bei spannenden Themen und Ausgangslagen Ausnahmen, z.B. hatten wir 2015 bei der letzten Abstimmung zur Einführung eines Stadtparlaments über 2'000 Teilnehmende. Aber Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel. Ich kann mich auch an eine BÜV mit weniger als 200 erinnern. (Mehr als die Hälfte der regelmässigen Teilnehmenden sagen übrigens, sie würden sich nie trauen, vor so vielen Leuten zu sprechen.)

- Im heutigen System nehmen also viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht an der sog. direkten Demokratie teil. Woran liegt das? Die Bürgerversammlungen finden jeweils abends statt. Ein Zeitpunkt, an dem es vielen alten Menschen, Eltern mit Kleinkindern und Schichtarbeitenden (z.B. aus Gesundheitsberufen) gar nicht möglich ist, dabei zu sein. Untersuchungen zu Auswirkungen der Corona-Krise zeigen, dass noch im letzten Herbst mehr als die Hälfte der Schweizer weniger als früher kulturelle Anlässe besuchen, das gilt auch für politische Veranstaltungen. Viele weitere, vor allem Junge, bekommen aufgrund ihres Informationsverhaltens gar nicht mit, dass eine Bürgerversammlung stattfindet und welche Themen es zu entscheiden gibt. Weitere haben ganz andere, für sie viel wichtigere Probleme: gesundheitliche, finanzielle, soziale, usw. Und dem grossen Rest geht's einfach gut, das Vertrauen in das System ist gross, Politik wird gerne anderen überlassen.
- An der letzten Abstimmung an der Urne hatten wir eine Stimmbeteiligung von über 50%. Wir dürfen also davon ausgehen, dass wir bei einem Wechsel des Systems auf die indirekte Demokratie mit einem Stadtparlament wesentlich mehr Bürgerinnen und Bürger in Ihren Bedürfnissen abholen.
- Die politischen Parteien der Stadt bilden ein sehr grosses Spektrum der gelebten Werte und Interessen der Bevölkerung ab. Auch Nichtmitglieder politischer Parteien ordnen sich grossmehrheitlich klar einer oder zwei Parteien zu und stimmen entsprechend ab. Es ist deshalb eine grosse Hilfe für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, Kandidaten einer Partei zuordnen zu können.
- Mit einem Stadtparlament von 36 engagierten Mitgliedern wird die Bevölkerung klar besser repräsentiert und vertreten als durch eine Bürgerversammlung mit 360 Teilnehmenden.

**#5: «Jeder und jede kann sich ins Stadtparlament wählen lassen. Ein Parteibüchli braucht es dafür nicht.»**

- Auch Einzelpersonen, Frauengruppen, Senioren, Quartiervereine usw. können sich wählen lassen, Grundvoraussetzung ist schon, dass man sich organisiert. Wer sich für unsere Stadt einsetzen will, braucht Engagement, Durchhaltewille und Herzblut. Wer dies nicht bereit ist, ist wohl auch die falsche Person für das Parlament.
- Wir haben uns schon mit vielen möglichen Interessenten ausgetauscht, in den Ortsparteien aber auch ausserhalb der Parteien. Unsere Kandidatengruppe soll möglichst divers sein, so dass sich alle Personen darin vertreten sehen. Nebst dem Alter und Geschlecht, sind auch Vereins-, Geschäftsleute, sowie verschiedene Berufsgattungen vertreten.

**#6: «Nicht genügend fähige Kandidaten? Für wie dumm halten die Gegner die Bevölkerung?»**

- Die Angst nicht genügend fähige Kandidaten zu finden ist unbegründet, dazu ein kurzes Rechenbeispiel; 1 Parlamentsmitglied repräsentiert ca. 750 Rapperswil-Joner:innen, wovon wohl ca. 2/3, also ca. 500 stimmberechtigt sind. Von diesen beteiligen sich ca. die Hälfte an Abstimmungen, also ca. 250 Personen. Mit Sicherheit ist aus dieser Gruppe jemand willens und fähig, in einem Parlament mitzudenken und mitzuarbeiten.
- In einem Parlament kann zu Sachfragen nicht einfach nur «Ja» oder «Nein» gesagt werden (wie an einer Bürgerversammlung), sondern die Themen werden breit diskutiert, in einen Gesamtkontext gesetzt können kreativ gestaltet werden. Menschen, die spüren, dass sie in ihrer Arbeit und mit ihren Beiträgen ernst genommen werden, dass sie Gestaltungsmöglichkeiten haben, dass sie selbst durch konstruktive Diskussionen vertiefte Einblicke in verschiedenste Themen bekommen, sind motiviert, sich für ein Parlament zur Verfügung zu stellen.
- Schon heute engagieren sich hunderte Einwohner in verschiedenen Vereinen, Parteien und Gruppierungen für unsere Stadt. Über 140 Personen sind aktiv in der GPK, dem Schulrat und

dem Stadtforum, sowie in verschiedenen stadtnahen Kommissionen. Es wird also genügend geeignete Kandidaten haben, aus denen die Bürgerschaft auswählen kann.

- Beide Seiten profitieren; die Parlamentsmitglieder vertreten die vielfältigen Interessen der Bevölkerung und bringen Wissen und Erfahrungen aus verschiedensten beruflichen und privaten Hintergründen mit, Sie erhalten mit dem Stadtparlament eine Möglichkeit, sich in einem verbindlichen Rahmen zu engagieren.
- Das Parlament ermöglicht aber auch, dass sich Nachwuchs für den Stadtrat entwickelt. Personen können sich über die Parlamentstätigkeit mit den Themen der Stadt vertraut machen. Zudem sieht der Bürger, wie sich eine Person im Parlament bewährt und welche Positionen und Interessen sie vertritt. Wahlen wie 2012, wo politisch weitgehend unbekannte Personen antraten, werden zur Ausnahme.
- Rückmeldung aus den Parlamentsstädten Wil und Gossau zeigen, dass das politische Leben durch das Parlament belebt und die politische Diskussionskultur gestärkt wird. Dies hat auch einen positiven Effekt auf die Kandidatenauswahl.
- Und ganz wichtig: Die Mitgliedschaft in einer Partei ist keine Voraussetzung für die Wahl als Stadtparlamentarier oder Stadtparlamentarierin.

#### **#7: «Die Jungen machen Politik auf ihre Weise. Ein Parlament bietet Ihnen mehr Chancen, sich einzubringen.»**

- Die Jugendlichen und junge Erwachsene von heute beschäftigen sich vermehrt mit Politik. Jedoch haben es ihre Anliegen schwer Gehör zu finden. Man ist sich einig, dass etwas getan werden muss (Beispiel Ausgelmöglichkeiten), passieren tut jedoch wenig bis gar nichts.
- Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Jungen gezielt gefördert werden sollen. Doch leider wird ihnen nur in vereinzelt Fällen das Vertrauen geschenkt.
- In einem Stadtparlament haben ihre Anliegen mehr Chancen auf Erfolg, da erstens Allianzen geschmiedet werden können und zweitens die restlichen Parlamentarier: innen bessere Hintergrundinformationen erhalten werden.
- Weiter können sich junge Politiker: innen mit ihrem beherzten Engagement für die Stadt für weitere Aufgaben auf kantonaler oder nationaler Ebene empfehlen. Was wiederum der Stadt zugutekommen würde.

#### **#8: «In dieser Stadt gibt es keine machtgeile politische Elite. Aber viele, die ihre Freizeit für die Stadt opfern.»**

- Als Partei verfügen wir über so viel Einfluss wie ein grösserer Freizeitverein. Viele Mitglieder ergeben ein gutes Netzwerk. Im Gegensatz zu diesen setzen wir uns aber ständig mit den Themen der Stadt auseinander und geben Rückmeldung an die Ämter und den Stadtrat. Unsere finanziellen Mittel sind sehr beschränkt und wir sind chancenlos, wenn sich die Geldelite der Stadt einschaltet und Ergebnisse beeinflussen will.
- Unsere Kandidaten haben grossen Respekt vor dem zeitlichen Aufwand, niemand hat nach der Entschädigung gefragt. Das Geld wird nicht im Vordergrund stehen, sondern soll angemessen dem Aufwand sein. Denn der Zeitaufwand für eine Parlamentssitzung startet mit dem Einlesen zu den entsprechenden Themen und den Diskussionen innerhalb der Fraktion. Auch der Aufwand für allfällige eigene Vorstösse ist immens und kann nicht einfach in einem Dreizeiler abgefasst sein.
- Eine Entschädigung von ca. Fr. 4'000.- ist gemessen am Aufwand daher bescheiden und eine Wertschätzung für die geleistete Arbeit.

#### **#9: «Rapperswil-Jona droht der Stillstand. Wichtige Projekte scheitern oder sind in der Sackgasse.»**

- Wir haben viele grosse Herausforderungen vor uns, unsere Welt und unsere Stadt verändern sich laufend. Wir sind Teil des Kantons St. Gallen und gleichzeitig einer Agglomeration um den Obersee, die stark nach Zürich orientiert funktioniert. Wir verhalten uns teilweise wie eine Stadt, zum Teil auch wie eine Gemeinde auf dem Land. Viele unserer Probleme sind komplex und haben keine einfachen Lösungen: Verkehr, Wohnen, Entwicklung von Industrie und Gewerbe, Tourismus, Alter, Bildung, ...
- Bei vielen wichtigen Fragen und Projekten der Vergangenheit waren wir als Stadt zu spät oder zu früh, zu wenig nah bei den direkt Betroffenen und zu weit weg von Beteiligten, zu schlecht in der Kommunikation, von zu vielen beraten und mit zu wenig Personal am Arbeiten.
- Der Stadtrat braucht dringend ein kompetentes und politisch legitimes Gremium, um unsere Probleme zeitgerecht angehen zu können, Projekte richtig vorzubereiten und breit in der Bevölkerung abzustützen, Chancen und Risiken zu erkennen und zu diskutieren, unsere Stärken weiterzuentwickeln und an unseren Schwächen zu arbeiten.
- Zurzeit bewegen wir uns in Zeitlupe, wir ähneln als grösste Schweizer Stadt ohne Parlament mit unserem System einem Dinosaurier, der blättermampfend und allein auf weiter Flur auf das Ende der Eiszeit wartet. Wenn wir uns am 12. März nicht an unsere Umgebung anpassen, riskieren wir unterzugehen.